

Grundlegende politische Leitlinien

Memorandum
CKK



Kommunalwahlen 2024



Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
1. Gesundheit in allen Politikbereichen	5
1.1. Mobilität und Raumordnung	5
1.2. Wohnen	6
1.3. Sozialer Zusammenhalt	6
1.4. Bildung	7
1.5. Öffentliche Einrichtungen	7
2. Das Ideal einer inklusiven Gesellschaft	9
2.1. Zugang zu den Rechten	9
2.2. Die digitale Inklusion	9
2.3. Inklusion aller Menschen	9
3. Erste Anlaufstellen für Unterstützung und Pflege	11
4. Der Bereich der Vereinigungen und Verbände, treibende Kraft der Innovation und Demokratie	13
5. Die Schlüsselemente einer gesunden Gemeinde	15



Präambel

Weniger als ein Jahr vor den Kommunalwahlen im Oktober 2024 möchte die Christliche Krankenkasse (CKK) ihre Forderungen für die Politik vorstellen, die auf lokaler Ebene umgesetzt werden sollen, mit dem Ziel, auf die Gesundheit und das Wohlergehen aller hinzuwirken. Die von der CKK vermittelte Botschaft beruht auf einem breiten Verständnis von Gesundheit, das eine Betrachtung aller Komponenten des allgemeinen, sozialen, körperlichen und psychischen Wohlbefindens der Person einschließt.

Die hier angeführten Empfehlungen stehen im Einklang mit den Positionen, die von der CKK auch auf regionaler, kommunaler und föderaler Ebene vertreten werden. Sie berücksichtigen außerdem unterschiedlichen Realitäten und Ansätze, die zwischen Großstädten, ländlichen und (vor-)städtischen Gemeinden bestehen¹.

¹ Mit „Vorstadt-Gemeinden“ ist gemeint, was sich in unmittelbarer Umgebung einer Stadt befindet.



1. Gesundheit in allen Politikbereichen

Die CKK fordert dazu auf, Gesundheit in allen Politikbereichen zu thematisieren. Gute Gesundheit hängt von zahlreichen Aspekten ab, wie von sozio-ökonomischen Bedingungen, der Umwelt, der Unterkunft, der Arbeit, dem sozialen Netz und vielem mehr. Das sind Bedingungen, die man nicht alleine beeinflussen kann. Dies impliziert zwei Dinge: Erstens, dass die Verantwortung für gute Gesundheit kollektiv ist und in die Zuständigkeit der Öffentlichkeit fällt. Zweitens, dass es erforderlich ist, über den Einfluss aller Politikbereiche auf allen Befugnisebenen auf die Gesundheit nachzudenken.

Die Gemeinden können einen ambitionierten Gesundheitsplan beschließen, der zahlreiche Bereiche betrifft. Die CKK möchte im Folgenden einige Beispiele genauer erläutern, die einen solchen Plan konkreter fördern und die Gemeinschaft der Mitglieder der kommunalen Exekutive in die Pflicht nehmen können.

1.1. Mobilität und Raumordnung

Die Mobilität spielt eine große Rolle bei der Zugänglichkeit der Hilfs- und Pflegedienste. Die von der CKK geförderte Stärkung der Grundversorgung und des Zugangs zu Dienstleistungen in jedem Einzugsgebiet macht ohne Zweifel einen Mobilitätsplan erforderlich, der mit den Nutzern und anderen Entscheidungsebenen sowie zwischen benachbarten Gemeinden abgestimmt ist, um Wohngebiete und Orte der Hilfeleistung und Versorgung miteinander zu verbinden. Dieser Mobilitätsplan soll sowohl in der Stadt als auch in ländlichen Gegenden Raumordnungen vorsehen, die ein ausreichendes Angebot im öffentlichen Nahverkehr (Fahrpläne und Verbindungen) sowie Mobilitäts-Sharing und umweltfreundliche Verkehrsmittel fördern. Die Sicherheit von Fußgängern sollte auch durch die Einrichtung von zahlreichen und ausreichend breiten Gehwegen erhöht werden. Bei diesen Raumordnungen ist die Situation von Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder mit einer Behinderung zu berücksichtigen. Die CKK erinnert in diesem Zusammenhang an den Grundsatz, dass dort, wo Menschen mit eingeschränkter Mobilität durchkommen, auch alle anderen durchkommen. Der Vollständigkeit halber sollte der Mobilitätsplan auch das Angebot und die Zugänglichkeit von Sozialtaxis stärken und Fahrdienste unterstützen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten.

Solche Raumordnungen gewährleisten außerdem ein sichereres Lebensumfeld, besonders wenn sich darin für eine Ausweitung von Grünflächen und eine Verringerung des Straßenverkehrs ausgesprochen wird. In städtischen Gebieten ermöglichen diese Maßnahmen eine Verringerung der durch den Autoverkehr verursachten Verschmutzung, die eine tatsächliche Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung darstellt, sowie eine Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels.

Und schließlich muss die Raumordnung auf ein besseres „Zusammenleben“ abzielen, indem sie es den Menschen ermöglicht, sich in einem sicheren und gelassenen Klima innerhalb beruhigter Begegnungsräume zu treffen, sich zu begegnen und sich zusammenzuschließen. Die CKK plädiert dafür, dass bei einer solchen Politik die Bürger und ihre Vertreter von den ersten Überlegungen bis zur Umsetzung einbezogen werden.

1.2. Wohnen

Die Wohnung muss für alle eine Quelle des Ausgleichs und der Ruhe sein. Ein Zuhause zu haben ist für das soziale und psychische Gleichgewicht notwendig. Trotzdem gewährleistet dies nicht automatisch eine gute Gesundheit, da die diese Wohnung auch qualitativ hochwertig, zugänglich, gesundheitsfördernd und an die sich wandelnden Bedürfnisse der dort lebenden Personen angepasst sein muss. Die örtlichen Behörden müssen deshalb ein ausreichendes Angebot sozialer, qualitativ hochwertiger und an die Bedürfnisse der Personen angepasster Wohnungen gewährleisten.

Die Gemeinden können die Erschwinglichkeit von Wohneigentum durch den Verkauf von Gemeindegrundstücken verbessern. Darüber hinaus ruft die CKK die lokalen Behörden dazu auf, die Quoten für Sozialwohnungen

einzuhalten und Wohnraum für Notfälle bereitzustellen.

Ein weiteres Anliegen im Bereich des Wohnungsbaus ist seine Auswirkung auf die Umwelt. Die CKK empfiehlt, die Qualität des Wohnraums an seiner Energieeffizienz zu messen. Die Gemeinden sollten die Sanierung und Verbesserung der Energieeffizienz der Wohnungen mittels Informationen, Begleitung, Prämien und einer finanziellen Beteiligung auf den lokalen Plattformen für Sanierung² unterstützen.

Schließlich fordert die CKK die lokalen Behörden auf, innovative Formen wie generationenübergreifendes Wohnen zu unterstützen, die sich vorteilhaft auf die Zugänglichkeit und den sozialen Zusammenhalt auswirken.

1.3. Sozialer Zusammenhalt

Die aktive Teilnahme am gemeinnützigen Vereins- oder Verbandsleben hat einen positiven Einfluss auf das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger: Selbstvertrauen, Selbstwert, Entfaltung, Integration in die Gesellschaft und vieles mehr. Dieser Einfluss kann sich besonders positiv auf Randgruppen der Gesellschaft auswirken, die sich in einer

schwierigen Lage befinden. Die Akteure der Vereinsarbeit schlagen Orte der Geselligkeit und zur Stärkung des sozialen Netzes vor, einem essenziellen Bestandteil für das mentale Wohlergehen. Des Weiteren hat sich gezeigt, dass die Freiwilligenarbeit Vorteile für die allgemeine Gesundheit bietet.³ Die Schaffung eines gesunden und gesundheitsfördernden Umfelds wird somit auch durch Unterstützung der Vereine durch die Gemeinden erreicht, insbesondere in den Bereichen Jugend, Begleitung der Senioren, Weiterbildung, Kultur, Sport und Freizeit.

Kindertagesstätten sind auch Orte, die den sozialen Zusammenhalt fördern. Die Aufnahmekapazität der kommunalen Kindertagesstätten muss verbessert werden und die lokalen Behörden müssen die von Vereinigungen getragene Kleinkinderbetreuung unterstützen.

² Die lokalen Plattformen für energetische Sanierung dienen dazu, die Bürger bei den Schritten von der Prüfung bis zum Abschluss der Arbeiten zu begleiten. Siehe „Walloreno“ für die Wallonische Region <https://energie.wallonie.be/de/plateformes-locales-de-renovation-energetique.html?IDC=10389> (derzeit nur auf Frz. verfügbar) und „Renolution“ für die Region Brüssel-Stadt <https://renolution.brussels/fr> (nur auf Frz. verfügbar).

³ „Engagement social & santé“, Morton J.S., et al., ANMC, November 2019.

1.4. Bildung

Die Schule spielt eine wichtige Rolle in den Strategien zur Prävention und Gesundheitsförderung, die ein direktes Handeln im Hinblick auf die genannten Faktoren ermöglichen. Grund hierfür ist die Tatsache, dass die in den Schulen durchgeführten Initiativen ein großes junges Publikum erreichen. Es ist daher unerlässlich, dass die örtlichen Behörden Aktivitäten für die Förderung eines gesunden Lebensstils an den Schulen unterstützen bzw. organisieren: Hierzu zählen etwa die Förderung der körperlichen Aktivität, die Entnormalisierung von Alkohol, Tabak und Drogen aller Art, die Sensibilisierung für die Mund- und Zahnpflege, die Einschränkung der Bildschirmnutzung, die Organisation von Veranstaltungen zu gesunder

Ernährung, die Förderung des Unterrichts im Freien... Die CKK empfiehlt, die Elternverbände in die Überlegungen zu diesen Strategien einzubeziehen.

Besondere Aufmerksamkeit ist auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und den Kampf gegen Mobbing in der Schule zu legen. Die CKK fordert die Bereitstellung von Mitteln, die es allen ermöglichen, psychosoziale Kompetenzen zu entwickeln, insbesondere durch Aufklärung über das Beziehungs-, Gefühls- & Sexualleben, und zwar von klein auf, damit sie sich entfalten und mit den unterschiedlichen Ereignissen des Lebens fertig werden können.

1.5. Öffentliche Einrichtungen

Es ist darauf hinzuweisen, dass auch Sensibilisierung ihre Grenzen hat. Trotz der zahlreichen Kampagnen haben die am stärksten benachteiligten Gruppen nicht alle Zugang zu einer gesunden Ernährung. Die Gemeinden müssen unbedingt dafür sorgen, dass ausgewogene, erschwingliche und qualitativ hochwertige Mahlzeiten an Orten der Gemeinschaftsverpflegung (Kindertagesstätten,

Krankenhäuser, Schulen, Alten- und Pflegeheime, Gemeinschaftseinrichtungen, Essen auf Rädern usw.) angeboten werden, indem sie die kurzen Wege fördern. Die materielle Unterstützung lokaler und nachhaltiger Erzeugung und deren Förderung stellt ebenfalls eine relevante Handlungsachse dar.





2. Das Ideal einer inklusiven Gesellschaft

Eine inklusive Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der jede Person einen Platz hat, die das gemeinsame Leben fördert und die es allen ermöglicht, Entscheidungen zu treffen sowie Rechte und Pflichten auszuüben. Sie beruht auf der Berücksichtigung verschiedener Lebensrealitäten.

Die Gemeinden sind in der Lage, über verschiedene Bereiche auf eine inklusivere Gesellschaft hinzuarbeiten, in erster Linie über die Zugänglichkeit ihrer eigenen Dienste.

2.1. Zugang zu den Rechten

Die Nichtausübung von Rechten kann das Ergebnis von Nichtwissen, aber auch der verwaltungstechnischen Schwerfälligkeit und Komplexität sein. Die ÖSHZ und Gemeinden sollten handeln, insbesondere durch die Stärkung der Kommunikation über die der Bevölkerung zur Verfügung stehenden sozialen Leistungen. Dies geschieht durch das Verbreiten von Informationen von

Organisationen und Vereinigungen, die in der Prävention, Begleitung und im sozialen Schutz aktiv sind sowie durch das Verweisen der Bürgerinnen und Bürger an diese Organisationen. Zusätzlich bestärkt die CKK die örtlichen Behörden in der Verwendung der Leichten Sprache in sämtlicher Kommunikation mit der Öffentlichkeit, mit dem Ziel, die Informationen allen zugänglich zu machen.

2.2. Die digitale Inklusion

Die Digitalisierung von Diensten für die Bevölkerung und die Entwicklung neuer Technologien haben sich in den letzten Jahren beschleunigt. Die CKK leugnet nicht, dass diese Entwicklungen Vorteile im Bereich der verwaltungstechnischen Vereinfachung und Effizienz für das Verwaltungspersonal und die Bürgerinnen und Bürger bieten. Wenn diese Digitalisierung jedoch nicht beherrscht und wenn nicht bewusst mit ihr umgegangen wird, besteht die Gefahr, dass benachteiligte

Personen und Personen, die von der digitalen Kluft betroffen sind, ausgeschlossen werden. Sie darf ausschließlich als Ergänzung zur menschlichen Begleitung und zur direkten Interaktion in Betracht gezogen werden. In den Gemeindeverwaltungen muss der menschliche Kontakt die Regel und das Digitale eine Alternative bleiben. Die CKK fordert die lokalen Behörden darüber hinaus auf, dafür zu sorgen, dass ihre Dienste für die Bevölkerung zu bestimmten Zeiten zugänglich sind.

2.3. Inklusion aller Menschen

Es ist klar, dass eine Gemeinde nur inklusiv ist, wenn ihre Dienste physisch für alle ihre Bewohner zugänglich sind. Daher fordert die CKK, dass die Gemeinden Prüfungen ihrer Infrastrukturen durchführen und entsprechende Arbeiten zur Anpassung einleiten. Diese Planungen müssen in Absprache mit den jeweils direkt betroffenen Personen und ihren Stellvertretern geschehen.

Zusätzlich zu den Überlegungen bezüglich der Infrastruktur müssen die öffentlichen Behörden auch die Stadtplanungs- und Raumordnungsmaßnahmen durchdenken, wobei sie Schwierigkeiten der spezifischen Zielgruppe der Personen mit eingeschränkter Mobilität und mit Behinderung berücksichtigen. Auch hier ist der Aspekt der Zusammenarbeit ein entscheidender Faktor für den Erfolg.





3. Erste Anlaufstellen für Unterstützung und Pflege

Die CKK ist überzeugt, dass das Gesundheitssystem zunächst auf ersten Anlaufstellen aufbauen muss, die solide, qualitativ hochwertig und zugänglich sind und die Akteure der Heilpflege, der Hilfe sowie der Prävention und Gesundheitsförderung sowie Begleitung einschließen. Die Nähe, die lokale Verankerung und die Kenntnis der Realitäten des Gebiets geben den Akteuren der ersten Anlaufstellen die Fähigkeit, unter konkreter Berücksichtigung des Wohlergehens der Bevölkerung zu handeln. Zusätzlich zum Freiwilligensektor (s. Punkt 4) müssen die Gemeinden handeln, um die ersten Anlaufstellen zu stärken, insbesondere durch verstärkte Informationen über die in ihrem Gebiet verfügbaren Dienstleistungen.

Der Fachkräftemangel in den Bereichen Unterstützung und Pflege bedroht die Qualität und Zugänglichkeit der ersten Anlaufstellen. Sowohl in den Städten als auch auf dem Land wird es immer schwieriger, beim Hausarzt, Psychologen, Zahnarzt usw. einen Termin in einem annehmbaren Zeitraum zu bekommen. Zudem haben die Hilfsdienste vor Ort Schwierigkeiten, alle Anfragen zu bearbeiten. Des Weiteren schwächt der Mangel, der zur Verringerung des Angebots führt, das Vertragsbindungssystem und somit die finanzielle Zugänglichkeit dieser Leistungen.

Die Gemeinden sind dazu in der Lage, die Niederlassung von Dienstleistern zu fördern, indem sie diesen Räume zur Verfügung stellen und so zusätzlich multidisziplinäre Praxen und die Schaffung von Ärztehäusern begünstigen.



4. Der Bereich der Vereinigungen und Verbände, treibende Kraft der Innovation und Demokratie

Zwischen einer vollständigen Marktorientierung und vollständigen Staatsorientierung trägt die Welt der Freiwilligen und Gemeinnützigen zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft bei. Das Engagement von Freiwilligen und von Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht die Berücksichtigung vieler verschiedener Lebenswirklichkeiten in der Entwicklung der Dienste und Tätigkeiten, die auf das Wohlergehen und die kollektive Entfaltung abzielen und auf innovative Weise auf Probleme der Gesellschaft reagieren. Die soziale Innovation, wie sie vom Freiwilligensektor eingesetzt wird, hat nicht die Schaffung neuer gewinnorientierter Bedürfnisse zum Ziel. Stattdessen soll sie ein qualitativ hochwertiges und zugängliches Angebot für bislang nicht erfüllte Bedürfnisse entwickeln.

Die Vereinsarbeit ermöglicht außerdem die Stärkung der kritischen, bürgerlichen und solidarischen Fähigkeiten der Bevölkerung. Die Bereiche lebenslanges Lernen, Jugend und soziale Bewegungen setzen sich jeden Tag das Ziel, durch kritisches Denken und kollektives Handeln eine Möglichkeit zum Sprechen und Handeln zu bieten. Der Freiwilligensektor ist der beste Partner der örtlichen Behörden, um die Politik außerhalb des Rasters zu betrachten. Zusätzlich zu den partizipativen Initiativen gibt es auf einer sehr lokalen Ebene verschiedene Akteure, die in der Lage sind, weniger erreichbare Zielgruppen zu mobilisieren (Menschen mit Behinderung, ältere Menschen, Kinder und Jugendliche, usw.) und die Teilnahme-, Beratungs- und Zusammenarbeitskultur der Bevölkerung zu fördern.

Aus allen diesen Gründen ersucht die CKK die örtlichen Behörden, Vertrauen in die Verbandsakteure zu setzen: Für die Ausführung verschiedener Aufgaben in den Bereichen Förderung, Prävention, Orientierung usw., aber auch wenn es darum geht, die Stimme der Bürger zu sein, indem diese in die Entscheidungsfindung eingebunden werden. Dieses Vertrauen kann dank der Annahme einer Rahmenregelung umgesetzt werden, die die Beziehung zwischen den örtlichen Behörden und der Verbandswelt regelt: Es handelt sich um die Freiwilligencharta⁴. Zusätzlich zur Annahme dieser Charta und der Akzeptanz des Subsidiaritätsprinzips müssen die örtlichen Behörden alles Mögliche (Subventionen, Bereitstellung von Material, Räumlichkeiten usw.) tun, um die Verbände zu unterstützen und ihr Fortbestehen zu gewährleisten.

⁴ Siehe „La charte associative – une vieille histoire“, Collectif 21, November 2020.
Online: <https://www.collectif21.be/2020/11/30/la-charte-associative-une-vieille-histoire> (nur auf Frz. verfügbar)





5. Die Schlüsselemente einer gesunden Gemeinde

Abschließend können einige Schlüsselemente einer gesunden Gemeinde hervorgehoben werden:

- Jede öffentliche Entscheidung muss ausgehend von ihrem Einfluss auf die Gesamtgesundheit der Bevölkerung durchdacht und bewertet werden, indem der Fokus auf die Gesundheit der am stärksten benachteiligten Gruppen gesetzt wird.
- Die Initiativen zur Prävention und Gesundheitsförderung müssen gestärkt und unterstützt werden, da sie vorausschauend im Versorgungssystem auf die wichtigen Aspekte der Gesundheit einwirken.
- Die ersten Anlaufstellen der Gesundheit müssen gestärkt werden: die Nähe, die lokale Verankerung und die Kenntnis der Realitäten des Gebiets, wobei sie den Grundstein eines unterstützenden und zugänglichen System darstellen.
- Die mentale Gesundheit, wie die allgemeine Gesundheit, wird von einer großen Palette wichtiger Aspekte beeinflusst. Es muss allen ermöglicht werden, von einem soliden sozialen Netz zu profitieren.
- In jedem Politikbereich muss ein inklusiver Ansatz verfolgt werden, um es allen – und insbesondere Personen mit Verlust der Autonomie und/oder Behinderung – zu ermöglichen, alle ihre Rechte nutzen zu können.
- Eine gesunde Gemeinde ist eine Gemeinde, die über Dienste verfügt, die sowohl finanziell als auch geografisch, zeitlich, physisch und kulturell zugänglich sind.
- Die demokratische Vitalität auf lokaler Ebene misst sich in Bezug auf die Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung.
- Der Freiwilligensektor hat einen Anteil an der demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesundheit einer Gesellschaft. Die öffentlichen Behörden müssen ihn unterstützen, mit ihm zusammenarbeiten und seine Tätigkeit vereinfachen.

Schließlich sind Zusammenarbeit, die Partizipation und Beratung die Schlüssel für eine lokale und relevante Politik, die in der Lage ist, das allgemeine Wohlergehen der Menschen zu verbessern. Im Hinblick darauf ersucht die CKK die örtlichen Behörden, kommunale Beratungsgremien einzuführen, die spezifische Zielgruppen und deren Vertreter (ältere Menschen, junge Menschen, Menschen mit Behinderung, Nutzer des Gesundheitssystems usw.) zusammenführen. Diese Gremien müssen tatsächlich in die Lage versetzt werden, Stellungnahmen abzugeben (aus eigener Initiative oder auf Ersuchen des Kollegiums) und Einfluss auf kommunale Projekte zu nehmen.

Verantwortlicher Herausgeber: Alexandre Verhamme, Chaussée de Haecht 579/40, 1031 Brüssel. Februar 2024. Fotos: ©AdobeStock

Infos und Kontakt:

Politische Abteilung
service.politique@mc.be | cck-mc.be



CKK. Mitten im Leben.